



Interviews

Datum: 13. April 2023

Peter Liese im Gespräch mit Barbara Schmidt-Mattern

Barbara Schmidt-Mattern: Ich kann das Thema jetzt vertiefen mit dem Arzt und CDU-Politiker Peter Liese. Er ist Abgeordneter der konservativen EVP im Europäischen Parlament und dort unter anderem zuständig für die Gesundheitspolitik. – Schönen guten Morgen, Herr Liese.

Peter Liese: Guten Morgen, Frau Schmidt-Mattern.

Schmidt-Mattern: Wie groß ist das Risiko, infolge einer Corona-Impfung langfristige Impfschäden zu erleiden?

Liese: Das ist nach wie vor sehr gering. Wo wir es sehr genau wissen, ist das Thema Thrombosen nach AstraZeneca. Da geht es um ein bis zwei Fälle pro 100.000 verabreichter Dosen. Viele andere Dinge sind nicht so klar. Deswegen gibt es auch so viele Verdachtsfälle und viele Fälle, wo es einfach nicht ganz klar ist. Aber bei AstraZeneca und diesen Thrombosen ist es sehr klar und da ist das Risiko sehr gering. Man muss trotzdem jeden Einzelfall ordentlich abarbeiten und da gibt es aus meiner Sicht noch Verbesserungsbedarf. Die Debatte der letzten Tage war ein bisschen von den Juristen geprägt. Ich habe gestern Abend noch mit einer Betroffenen gesprochen. Ich glaube, es ist notwendig, dass man nicht erst zu mehreren Anwälten laufen muss, bevor man seine Ansprüche geltend machen muss. Ich glaube, gerade der Bundesgesundheitsminister hat hier die Aufgabe, den Betroffenen klar zu sagen, wie sie an ihr Geld kommen, und nicht theoretische Debatten zu führen.

Schmidt-Mattern: Nun liegt aber – das haben wir eben auch schon vom Kollegen Arndt Reuning gehört – die Beweispflicht derer, die jetzt vor Gericht gehen wegen Impfschäden, bei den mutmaßlich Impfgeschädigten, und das geht auch zurück auf die Abmachungen, die die Europäische Kommission, die die EU seinerzeit mit den Herstellern vereinbart hat, und da waren auch Sie im Europaparlament beteiligt. Haben Sie da in der Kontrolle nicht richtig aufgepasst?

Liese: Ich glaube, es ist wichtig, das klarzustellen. Es gab sowohl in Deutschland als auch auf europäischer Ebene eine Vereinbarung, dass die Hersteller, die ja sehr, sehr schnell die Impfstoffe zur Verfügung gestellt haben, wenn sie selbst keinen Fehler machen, dann von der Haftung freigestellt sind. Aber es war immer klar, dass dann der Staat einspringen muss,

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

und das läuft in der Kommunikation noch nicht gut genug. Es gibt schon eine ganze Reihe von anerkannten Fällen. Nach meiner Information sind die Fälle, wo die Menschen schon eine Anerkennung haben, mehr als diese Klagen, die in den letzten Tagen durch die Presse gegangen sind. Das war leider eine Diskussion, die von Anwälten getrieben wurde. Aber es ist für viele Betroffene trotzdem noch nicht klar, dass sie einen Anspruch haben, selbst wenn die Firma keinen Fehler gemacht hat, und das ist, glaube ich, wichtig. Herr Lauterbach hat wie kein anderer für die Impfung geworben. Er ist auch aus meiner Erinnerung der einzige, der gesagt hat, diese Impfung ist nebenwirkungsfrei. Das war sie nie und das hat auch sonst niemand behauptet. Aber es muss jetzt auch klar sein, dass der Staat, der für die Impfung geworben hat, für die ganz wenigen Einzelfälle, wo es einen nachgewiesenen klaren Impfschaden gibt, auch eine Verantwortung hat. Auf der Homepage des Bundesgesundheitsministeriums finde ich dazu nichts. Dazu steht nicht, wo man sich hinwenden soll, wie die Dinge sich verhalten, und das muss dringend nachgeholt werden, auch wenn es wieder kompliziert ist. Die Länder sind zuständig, aber der Bundesgesundheitsminister muss in dieser Debatte mehr sagen als Appelle an die Industrie. Die Betroffenen müssen schneller zu ihrem Recht kommen, wenn der Fall klar ist.

Schmidt-Mattern: Herr Liese, nun gehört zum ganzen Bild auch dazu, dass Ihr Parteifreund Jens Spahn, der Vorgänger im Amt von Karl Lauterbach als Bundesgesundheitsminister, es war, der seinerzeit durch die sogenannte Spahn-Verordnung entschieden hat, dass die Beweispflicht für die Impfgeschädigten bei ihnen selbst liegt. Wie ist das zu verantworten?

Liese: Ich kann nicht für Jens Spahn sprechen. Der muss sich schon zu der Frage selber erklären. Aber nach meinem Verständnis ist es so, dass nicht die Haftung komplett ausgesetzt wurde, sondern dass nur die Frage war, haftet die Firma oder haftet dann der Staat. Das halte ich für wichtig. Es war eine Gemeinschaftsaufgabe und das dürfen wir in der Debatte auch nicht vergessen. Wir haben über 170.000 Tote. Wir hatten im Herbst 2020, bevor die Impfungen auf den Markt kamen, die Haupttodesursache in Europa durch Corona. In Deutschland war das Gesundheitssystem an der Belastungsgrenze. In anderen Ländern war es völlig überlastet. Die Impfung war notwendig, um aus dieser dramatischen Situation herauszukommen, und das war eine gemeinsame Verantwortung, wo wir auch als Politik gesagt haben, wir brauchen schnell Impfstoffe. Ich weiß noch, dass die Europäische Union sehr kritisiert wurde wegen weniger Tage, die der Impfstoff in Europa später auf den Markt kam, weil die Haftungsregeln in Europa strenger sind als in Großbritannien oder in den USA, aber trotzdem hat die Politik gesagt, wir wollen diesen Impfstoff schnell haben. Das war die Entscheidung, nicht, dass die Leute nicht an ihr Geld kommen sollen.

Davon zu trennen ist die Frage Verdachtsfälle. Das hat Herr Reuning gut erklärt. Verdachtsfälle heißt ja nicht, dass wirklich ein Impfschaden da ist, und teilweise ist es kompliziert festzustellen, kommt die Schädigung durch die Impfung oder kommt sie zufällig.

Es gibt leider auch Menschen, die krank werden, ohne dass sie geimpft wurden, und denen muss man trotzdem helfen, aber das ist ein anderer Fall dann.

Schmidt-Mattern: Herr Liese, jetzt haben Sie eigentlich ganz geschickt ein bisschen abgelenkt von dem Thema Beweispflicht und sind noch einmal auf die Haftung zu sprechen gekommen. Sie waren damals als Europaabgeordneter, wie Sie selber in einem Interview gesagt haben, ganz eng eingebunden bei den Verhandlungen zwischen den Herstellern und der EU-Kommission. Warum haben Sie nicht im Europaparlament verhindert, dass die Beweispflicht jetzt bei den Geschädigten selbst liegt?

Liese: Auf der europäischen Ebene ist eine solche Entscheidung nicht getroffen worden. Es gab in der Europäischen Union keine Änderung der Haftungsregelung. Was in Deutschland passiert ist, dazu habe ich ja schon das Notwendige gesagt. Da müssen sich die deutschen Verantwortlichen selber dazu erklären. Für uns war immer klar, es geht nicht darum, dass die Geschädigten weniger Ansprüche haben, sondern es geht darum, dass der Staat eintritt, weil man bestimmte Dinge zu dem Zeitpunkt noch nicht absehen konnte, und dass dann trotzdem die Geschädigten ihre Ansprüche geltend machen müssen. Das muss, glaube ich, auch noch mal in Deutschland jetzt stärker herausgearbeitet werden. Es gibt mehrere hundert Fälle, die schon anerkannt sind, aber es gibt auch immer noch Betroffene, die nicht wissen, obwohl der Fall klar ist, - noch mal, es gibt viele Fälle, die sind nicht klar, aber bei den Thrombosen nach AstraZeneca (Ich habe gestern noch mit einer Betroffenen gesprochen.), da ist der Fall klar, und trotzdem hat die Betroffene noch nicht den Weg aufgezeigt bekommen, wie sie an ihr Geld kommt. Das muss sich ändern.

Schmidt-Mattern: Herr Liese, wir haben nicht mehr so viel Zeit. Wir haben eben den Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach gehört, der sagt, die Hersteller haben Millionen-Gewinne eingefahren, die könnten sich jetzt ruhig nachträglich beteiligen, wenn es um Entschädigungen geht. Sind Sie da an der Seite von Karl Lauterbach?

Liese: Ich finde das populistisch, weil der Staat hat diese Verantwortung übernommen und Herr Lauterbach müsste jetzt aufzeigen, wie die Menschen tatsächlich an ihr Geld kommen. Dass man unabhängig davon an die Industrie appelliert, das kann man machen. Das würde ich aber nicht durchs Radio machen und insbesondere findet man auf der Homepage des Bundesgesundheitsministeriums keine klare Äußerung, keine Handlungsanweisung für die Betroffenen und keine Reaktion auf diese komischen juristischen Diskussionen der letzten Wochen. Es muss doch möglich sein, dass Menschen ihr Geld kriegen vom Staat, ohne dass sie teure Anwälte bezahlen. Teilweise gibt es Betroffene, so wurde mir geschildert, die über anderthalb Jahre jetzt Geld an Anwälte gezahlt haben und noch kein Geld gesehen haben.

Das ist die Aufgabe des Bundesgesundheitsministers, hier die Wege klarzumachen. Wir wollen nicht den Schwarzen Peter hin- und herschieben; wir wollen den Menschen helfen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.